

Antrag 2025/II/Org/1

Kreis Bergedorf

Urwahl des Parteivorsitzes ermöglichen

- 1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der
2 SPD beschließen: Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestags sowie der Bundesre-
3 gierung werden aufgefordert, sich für eine Änderung des Parteiengesetzes dahingehend ein-
4 zusetzen, dass eine Urwahl eines Parteivorsitzes durch die Parteimitglieder möglich wird.

5 Begründung

- 6 Parteien sind in Deutschland bereits durch die Verfassung besonders geschützt und gefordert.
7 Auch das Parteiengesetz statuiert die Verpflichtung der internen demokratischen Verfasstheit.
8 Doch steht sich das Parteiengesetz bei der Verwirklichung dieses Ziels teilweise selbst im Weg:
9 So heißt es in § 9 Abs. 4 PartG „Der Parteitag wählt den Vorsitzenden des Gebietsverbandes,
10 seine Stellvertreter und die übrigen Mitglieder des Vorstandes“ und behält das Recht, den Vor-
11 sitz zu wählen, so ausschließlich den Delegierten des Parteitages vor. Somit ist eine Urwahl des
12 Parteivorsitzes rechtlich ausgeschlossen.

- 13 In Zeiten der immer weiter sinkenden Mitgliederzahlen und dem Aufstieg von rechtsextre-
14 men Parteien muss die Parteiendemokratie sich neu aufstellen und näher an die Basis rü-
15 cken. Gleichsam müssen Politikverdrossenheit und das Gefühl der Bedeutungslosigkeit gegen-
16 über politischen Entscheidungen und ihren Träger:innen bekämpft werden. Die Politik muss
17 die Menschen stärker ansprechen und sie stärker an Entscheidungsprozessen beteiligen. Das
18 muss bereits in den Parteien beginnen.

- 19 Das Zulassen einer Urwahl des Parteivorsitzes würde hier einen Anfang schaffen und hat das
20 Potenzial, Karteileichen zu aktivieren, indem die Basis direkt an wichtigen Wahlen auf allen
21 Ebenen beteiligt wird und somit ihnen die Relevanz ihrer Stimme unmittelbar bewusst wird.
22 Gleichzeitig stärkt man so weiter die demokratische Legitimation des Vorsitzes, ohne Gefahr zu
23 laufen, dass mitgliederarme Verbände bei der Zusammenstellung des Gesamtvorstandes nicht
24 berücksichtigt werden.